

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden.
Verlags- und Postnummer 25 241.
Für die Nachlieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1,50 Goldmark.
Postbezugspreis für Monat Juni 2,50 Goldmark. Einzelnummer 18 Goldpfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 10 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberleitungsblätter 10 Pfg. Raum. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Morgenstraße 38/40.
Truck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Doumergue Präsident von Frankreich. Rücktritt des Kabinetts Marjal. — Undurchsichtige Haltung Herriots.

Demission Barthous als Vorsitzender der Repko? — Beilegung des Konfliktes in der sächsischen Sozialdemokratie.

Mit 535 Stimmen gegen Painlevé gewählt.

Paris, 14. Juni. Doumergue ist zum Präsidenten der Republik mit 535 Stimmen gewählt worden. Painlevé hat 30. Stimmen erhalten. Gewählt haben im ganzen 860 Wähler. Der Kandidat der Kommunisten Camelinet erhielt 21 Stimmen. Zerplittert waren 8 Stimmen.

Das neue Staatsoberhaupt der dritten französischen Republik.

Doumergue, der bisherige Präsident des Senats, ist in Versailles durch den verfassungsmäßigen gemeinsamen Wahlakt beider Häuser des Parlaments zum Nachfolger Millerands in der höchsten Würde, welche die Republik zu vergeben hat, geführt worden. Mit dieser Wahl haben die Abgeordneten in Versailles eine alte Tradition befolgt, kraft deren der Regel nach der Senatspräsident zum Amte des Staatspräsidenten berufen zu werden pflegt. Die meisten republikanischen Staatsoberhäupter in Frankreich sind aus dem Senat in den Elysée übergegangen. Doumergue ist politisch eine umstrittene Persönlichkeit, die wegen ihrer nach rechts hinübergehenden Verbindungen vielfach von der Linken angegriffen wird. Doumergues verbindliches Wesen hat aber bewirkt, daß er sich auf allen Seiten Freunde erworben, so daß seine Ansichten in Versailles von vornherein die besten waren. Es ist allerdings voranzusehen, daß die besonders radikalen Elemente der Linken nach vollzogener Wahl nicht verhalten werden, sich auf die nach rechts hinüberführenden Beziehungen des neuen Präsidenten zu verweisen und ihm damit zu Felde zu gehen. Gemisse Auslassungen der radikalen Pariser Presse, die noch aus den Tagen vor der Wahl kamen, geben einen Vorgeschmack davon, was der Präsident von dieser Seite her zu gewärtigen hat. Daß sich ein Mann doch sogar dazu verweigert, Doumergue ohne Umstände als Kandidaten Poincarés zu verurteilen! Das gleiche Spiel wurde übrigens seinerzeit auch nach der Wahl Poincarés getrieben, den man ebenfalls von beiden Seiten als Schuldhalter der Rechten zu diskreditieren suchte, aber ohne Erfolg. Auch diesmal ist nicht anzunehmen, daß die Methode, Doumergue wegen seiner Verbindungen nach rechts hin in seiner Stellung zu erschüttern, irgendwelche Wirkung haben wird. Die angebliche, aber keineswegs verbürgte Drohung Herriots, er werde aus den Händen Doumergues ebensoviele wie aus denen Millerands ein Kabinett entgegennehmen, dürfte wohl nur als Schreckmittel vor der Wahl aufgefaßt sein, um die zumangewandten Doumergues zu beeinflussen. Genügt hat dieser Schachzug der Linken dann jedenfalls nichts. Für den Fall, daß dennoch etwas Ernstes dahinter stecken sollte, wird Briand als der Mann genannt, den Doumergue voraussichtlich mit der Kabinettsbildung betrauen werde.

Was Meistes Kind der neue Präsident eigentlich ist, wird sich am besten daran erkennen lassen, ob er den Kampf um die Erweiterung der Präsidentschaftsrechte aufnimmt oder nicht.

Am übrigen hängt die Aktivität der Politik, sowohl auf innerem wie auf auswärtigem Gebiete, in Frankreich nicht sowohl vom Staatspräsidenten als vom Ministerpräsidenten ab, und das Hauptinteresse lenkt sich daher jetzt auf die Frage, welcher Mann von Doumergue zur Regierung berufen werden wird. Ist es Herriot, so muß daran erinnert werden, daß dieser sich für ein „näheres Zusammenrücken“ zwischen Deutschland und Frankreich ausgesprochen und seine Unterstützung bei der Durchführung einer Entspannung zwischen den beiden Ländern zugesagt hat. Wir werden also abwarten haben, ob die neue französische Regierung dem vom Reichskanzler Dr. Marx so stark betonten deutschen Willen zum Ausgleich und zur Verständigung einigermaßen ähnliche Empfindungen entgegenbringt, auf Grund deren sich eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses erhoffen ließe.

Sakon Doumergue hat die Ähliche Laufbahn eines französischen Politikers zurückgelegt, die vom Advokatenstand ins Ministerium führt. Er ist am 1. August 1893 in dem Dorfe Agnes-Rivière im Departement Gard geboren, war Rechtsanwalt und bekleidete politische Ämter als Kolonialbeamter in Tonkin und Algerien. 1898 wurde er zum Deputierten von Nîmes gewählt und wurde im Kabinett Waldeck-Rousseau Kolonialminister. Doumergue wurde dann Mitglied der Kabinets Combes, Sarrien, Clemenceau und des ersten Kabinetts Briand, bald als Kolonial-, bald als Handels-, bald als Unterrichtsminister. 1914 war er einige Monate Ministerpräsident, bis ihn Rivian absetzte. In den letzten Kriegsmonaten trat er stark in die Öffentlichkeit. So wurde er von Poincaré in politischer Mission nach Petersburg entsandt. Nach dem Rücktritt von Leon Bourgeois wählte ihn der Senat 1922 zum Vorsitzenden. Man hält Doumergue für einen nicht allzu extremen Radikalen, aber sein Proklamationswort hat ihm den Ruf eines antirealistischen Politikers eingetragen. Die Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik bereitet ein hartes Hindernis für das Streben Poincarés nach dem Vorsitz im Senat.

Die Kongregierung.

Paris, 13. Juni. In fünf Sondersitzungen wurden heute die etwa 900 Mitglieder des aus der Kammer und Senat gebildeten Nationalkongresses nach Versailles abgedacht. Vor der letzten Vollversammlung traten die Mitglieder der Gruppen und Fraktionen, die zum Kartell der Linken gehören, zusammen und nahmen die Beratungen über die Kandidatenfrage. Dabei wurde beschloffen, an der Kandidatur Painlevés teilzunehmen. Die Verhandlungen des Kongresses leitete der Senatspräsident Doumergue, der sofort die Wahl vorzunehmen ließ. Nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses rufen die Kommunisten: „Amen!“ Es lebe die Kom-

mune! Die Mitglieder der Mittelparteien erheben sich und stimmen die Kartellkassette an, die die Kommunisten und Sozialisten mit dem Gesänge der Internationale beantworten. Um 1,50 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben.

Unmittelbar nach Beendigung des Wahlaftes ersuchte der Präsident Doumergue den Abgeordneten Herriot, ihn nach Schlichtung der Nationalversammlung sobald wie möglich aufzusuchen.

Nach der Wahl benah sich Painlevé als Erster zu Doumergue, um ihn zu beglückwünschen. Der Präsident der Republik und der Kammerpräsident umarmten sich unter dem Beifall der anwesenden Deputierten.

Darauf erfolgte durch François Marjal die Einführung des Präsidenten in sein Amt,

wonach eine Kompanie Genietruppen aufzog, die in dem Augenblick, als der Präsident sich zeigte, ihm die Ehre erwies und dabei die Fahnen lenkte. Die offizielle Verkündung seiner Wahl erhielt Doumergue durch den Vizepräsidenten des Senats Bienvenu Martin und den Ministerpräsidenten. Zur Begrüßung waren sämtliche Minister und die Mitglieder des Bureaus des Kongresses anwesend. Vizepräsident Martin hielt eine Ansprache, in der er die hervorragenden Verdienste des Präsidenten würdigte und weiter ausführte: Ihre Vergangenheit ist uns eine Gewähr, daß Ihre Tätigkeit während der Präsidentschaft sich in den Grenzen Ihrer durch die Verfassung festgesetzten Amtsbefugnisse halten wird, und die Sie gemäß dem Willen des Landes ausüben werden. — Darauf ergriff Ministerpräsident François Marjal

das Wort: Er führte aus: Indem ich Ihnen die authentische Urkunde übergebe, mit der die Nationalversammlung Sie zur höchsten Würde des Landes beruft, habe ich im Namen des Ministerrates die Ehre, Ihnen die Rechte, Prärogativen und Pflichten zu übertragen, die mir vorübergehend durch die Verfassung übertragen waren. Ihre Erfahrungen in den großen internationalen Fragen, die Sie in der Regierung, wie auch im Laufe der Ihnen übertragenen Ministerien erworben haben, werden von größtem Nutzen sein in der jetzigen Stunde, wo diese Probleme besonders akut auftreten.

Präsident Doumergue antwortete mit einem Dank für das Vertrauen und fuhr fort: Um dieses Vertrauen zu rechtfertigen, können Sie sicher sein, daß niemand treuer als ich die Verfassung respektieren (lebhafter Beifall), auch niemand entschiedener als ich über den Parteien stehen werde, damit ich zwischen Ihnen der unparteiliche Schlichter sein kann, und daß niemand mehr als ich sich von dem Willen des Parlaments, dem Ausdruck der Volkssouveränität, leiten lassen wird.

Ministerpräsident Marjal hat dem neuen Präsidenten Doumergue die Demission des Kabinetts überreicht.

Der Präsident hat sie angenommen und das Kabinett gebeten, zunächst die laufenden Arbeiten weiter zu erledigen. (W.T.B.)

Der Einzug in Paris.

Paris, 13. Juni. Der neugewählte Präsident der Republik ist abends in Paris eingetroffen. Er wurde bei der Ankunft von dem Plafkommandanten von Paris General Charpy im Namen der Garnison begrüßt. Das Präsidenten-Auto nahm jedoch, von zwei Dragonerschwadronen eskortiert, den Weg zum Elysée. Die Musik spielte, und es wurden die vorgeschriebenen 21 Kanonenschüsse gefeuert. (W.T.B.)

Zweifel an Herriots Ministerpräsidentenschaft.

Paris, 13. Juni. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Erklärung Herriots, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht aus den Händen eines Präsidenten nehmen werde, der mit Hilfe der Rechten gewählt wäre, berichtet das „Journal“, in den Wandelungen der Kammer seien in der Annahme, daß Herriot wirklich diese Erklärung abgegeben habe, bereits neue Ministerkabinette kombiniert worden, bei denen Briand am meisten genannt worden sei. (W.T.B.)

Paris, 13. Juni. Die Freunde Herriots erklärten, es spreche nicht den Tatsachen, daß Herriot absteige, er werde den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums nur aus den Händen eines Präsidenten der Republik entgegennehmen, der ein Kandidat der Linken gewesen sei. Außerdem ließ Herriot erklären, wenn er das neue Kabinett bilde, werde er nicht vor Dienstag vor die Kammer treten.

Das Programm der Aussprache Herriot — Macdonald.

London, 13. Juni. Nach Ansicht unterrichteter Kreise werden folgende Punkte von Herriot und Macdonald besprochen werden:

1. Die Anwendung des Dawes-Berichtes, und zwar in Bezug auf den Abbau des wirtschaftlichen Belegungsregimes, Wiederherstellung der deutschen Eisenbahnherrschaft, Amnestie für die politischen Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen und Beilegung aller Zollfragen.

2. Der Abbau der militärischen Belegung und die Festlegung eines Zeitpunktes, an dem das Ruhrgebiet endgültig geräumt werden soll, bzw. Festlegung der Bedingungen, die von deutscher Seite erfüllt werden müssen, damit der Rest der militärischen Belegung des Ruhrgebietes aufgehoben werden wird.

3. Die Frage der Sicherungen. Diese sollen nur nach allgemeinen Gesichtspunkten besprochen werden, da der englische Premier mit Herriot darüber übereinstimme, daß es zunächst notwendig sei, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen.

Qualitätsarbeit und Arbeiterlöhne.

Die Vorbesprechungen zwischen Regierungsbeauftragten und Gewerkschaftsvertretern, die die Einigungsverhandlungen zum hoffentlich noch vermeidbaren Streik der Eisenbahnarbeiter einleiteten, haben Schlaglichter auf eine ganz merkwürdige, leider aber weitverbreitete Einstellung zur Entlohnungsfrage geworfen, die nur als ein krankhaftes Ueberbleibsel aus jener traurigsten Zeit Deutschlands, aus der Inflationsperiode, angesprochen werden kann. Es zeigte sich nämlich im Verlaufe dieser Fühlungsnahme, daß die Gewerkschaften die Forderung nach einer Lohnerhöhung zum guten Teile damit begründeten, daß die bisherige Spanne zwischen den Bezügen der höheren Beamtenkategorie und denen der unteren Beamtenkategorie und der Staatsarbeiter bei der letzten Gehaltsfestlegung zungunsten der letzteren sich verändert hat. Wie weit wirtschaftliche Notwendigkeiten für die neuen Forderungen in Betracht kommen, die natürlich bei der tatsächlichen mangelhaften Lage der unteren und mittleren Beamtengruppen eine gewisse Rolle spielen, kann im Rahmen dieser Ausführungen nicht untersucht werden. Tatsache ist aber, daß der Vergleich mit den höheren Beamten in der Debatte ziemlich ausbleibend erörtert worden ist. In der Zeit des schwankenden, schließlich ununterbrochen sich vermindernenden Geldwertes war dieser Vergleich zwischen dem verchieden schnellen und verchieden harten Anwachsen der Bezüge der vorhandenen Einkommensgruppen in der Staats- und Privatwirtschaft an der Tagesordnung. Damals konnte ihm trotz seiner prinzipiellen Gefährlichkeit auch nicht jede Berechtigung abgesprochen werden. Denn der Durchschnitt sämtlicher Einkommen von Lohn- und Gehaltsempfängern war seinerzeit der inneren Kaufkraft nach auf ein so minimales und gleichmäßiges Niveau herabgesunken, daß jede zahlenmäßige Erhöhung der Bezüge irgendeiner Erwerbsgruppe wie ein Alarmzeichen für neue Lohnforderungen zunächst auf die Nachbargruppen und dann sich fortsetzend auf die gesamte Arbeitnehmererschaft wirkte und zum Teil auch wirken mußte. Wenn der Staat die Beamtengehälter den Entlohnungsverhältnissen anzupassen versuchte, setzte gewohnheitsmäßig und wegen der mit der damaligen Beamtengehaltspolitik verbundenen zunehmenden Inflationsgefahr auch zwangsläufig ein Sturm aller Arbeitnehmerorganisationen auf die Schlichtungsanstalten ein, um dieselben proportionalen Erhöhungen zu erlangen, die den Beamten zugestimmt worden waren.

Die deutsche Wirtschaft hat dieses sich gegenseitige Emporklimmen der Abfindungen für geleistete Arbeit nur mit schwerster Mühe und Not und nur unter dem Gesichtspunkte ertragen, daß es unvermeidlich darauf ankam, die Gesamtheit der Arbeitnehmer durch diese schlimmste aller Zeiten hindurchzubringen und vor dem Verhungern zu bewahren. Niemals aber ist auch in dieser Epoche bei den besonnenen Elementen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmererschaft das Bemühen verlorengegangen, daß diese Art der Entlohnungsabfindung ein erbärmlich ungerechter und volkswirtschaftlich außerordentlich verhängnisvoller Vorgang war. Ließ er doch die beiden grundlegenden Faktoren unseres Wirtschaftslebens, den Wert der Leistung und die materielle Lage, die finanzielle Leistungsfähigkeit der verschiedenen Produktionszweige und der Einzelunternehmen, vollkommen außer acht. Daß mit einem so üblen und oberflächlichen Verfahren, dem höchstens als äußerster Notbehelf einige Berechtigung zuzumessen, mit dem Eintritt einigermaßen normaler Geldverhältnisse gebrochen werden mußte, ja, daß dieser Bruch die Grundvoraussetzung wirklicher Gesundung ist, stand und steht für alle, die sich wirtschaftlicher Einsicht nicht verschließen können, unbedingt fest.

Leider ist dieser Selbstverständlichkeit nicht in dem Maße Rechnung getragen worden, in dem sich die Stabilität unseres Geldes durchgesetzt hat. Das einleitend erwähnte Beispiel der Eisenbahnergewerkschaften zeigt, daß der Inflations-Irrtum der Vergleichbarkeit und der genauen Abstufungsmöglichkeit der Entlohnung qualitativ wertvoller und weniger wertvoller Arbeitsleistung nicht aussterben will. Neben der menschlich begreiflichen Gewöhnung, die die Not der letzten Jahre mit sich brachte, trägt daran die Propagierung der kommunistisch-sozialistischen Wirtschaftslehren ein gerüttelt Maß von Schuld. Geschworenen Marxisten kann im Zusammenhang mit ihren Massentheorien natürlich nichts verbäther sein, als jener Todfeind der Masse und der Ruvelierung, die sich selbst heraushebende Qualität. Und wo Qualität in Gestalt von Arbeitsleistung oder Produkten auftritt, da muß sie nach marxistischer Anschauung und Ueberlieferung bekämpft und unterbunden werden. Nur aus dieser Quelle ist die sozialistisch-gewerkschaftliche Neigung herzuführen, auf keinen Fall, auch in wirtschaftlich ruhigeren Zeitaltern, eine Erweiterung der Distanz zwischen den Empfängern der verschiedenen Leistungskategorien auf Arbeitnehmerseite zuzulassen.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß jede moderne Volkswirtschaft, und die deutsche an erster Stelle, sich mit solchen Methoden in kürzester Zeit zugrunde richten muß. Die deutsche Wirtschaft, zermürbt durch die tausendfältigen Unsicherheiten der Nachkriegsperiode, in ihren wertvollsten Teilen über die Grenze der Tragbarkeit hinaus durch Entente-forderungen belastet, von den einseitigen Abzugsleistungen gewaltig verdrängt, kann sich nur durch Qualitätsleistungen halten